

Anfrage

Die Bundesversammlung hat am vergangenen 6. Oktober 2006 das Bundesgesetz über Regionalpolitik in Kraft gesetzt. Dieses Gesetz soll die Wettbewerbsfähigkeit einzelner Regionen stärken und deren Wertschöpfung erhöhen und so zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen in den Regionen, zur Erhaltung einer dezentralen Besiedelung und zum Abbau regionaler Disparitäten beitragen.

Ab 2008 sollen jährlich 70 Millionen Franken zur Stärkung von Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit der Regionen zur Verfügung stehen.

Auf Grund der Botschaft des Bundesrates vom 16. November 2005 wurden die Kantone scheinbar via SECO informiert; so habe ich Kenntnis von einem NRP-Workshop vom 16. Mai 2006 an der HSW in Luzern. Auf der Teilnehmerliste dieser Veranstaltung figurierten unter andern auch Vertreter der Wirtschaftsförderung des Kantons Freiburg. Unser Nachbarkanton Bern, hat in der Folge ein Handbuch zum Umsetzungsprogramm für ihren Kanton elaboriert; die Regionen wurden mittelst Arbeitsgruppen beauftragt bis 15. Dezember letztthin regionale Entwicklungsstrategien zur NRP (Neue Regionalpolitik) einzureichen. Vorgesehen ist, diese Projekte nach Sichtung und Evaluation an den Bund einzureichen. Gemäss Berner Handbuch sind nach heute vorliegenden Informationen die Kantonalen Umsetzungsprogramme bis Mitte Mai 2007 beim Bund einzureichen. (Seite 27).

Im mir vorliegenden Entwurf des „Förderprogramm Seeland“ Neue Regionalpolitik NRP, ist auf den Projektblättern „Tourismus“, „Land- und Forstwirtschaft“ davon insbesondere bei den Titeln Holzinnovation, Holzenergie, Bioenergie und Landschaftswerk Seeland nebst andern auch der Kanton Freiburg erwähnt.

Gerade bei diesen angeschnittenen Themen sind die Projekte tatsächlich mehr regional und kantonsübergreifend; schon heute bestehende Organisationen wie Biotopverbund Grosses Moos oder die Tourismusförderung im ehemaligen EXPO- Gebiet sind nicht an Kantonsgrenzen gebunden.

Nebst dieser freundnachbarlichen Zusammenarbeit mit andern Nachbarkantonen kann ich mir vorstellen, dass der Kanton Freiburg selber auch förderungswürdige Projekte in den Sparten Tourismus, Land- und Forstwirtschaft oder Kultur einreichen könnte.

Weil die Zeit zur Einreichung von Umsetzungsprogrammen scheinbar auf den Monat Mai festgesetzt ist, bitte ich den Staatsrat zu folgenden Fragen Stellung zu nehmen:

Laufen in unserem Kanton diesbezügliche Vorbereitungen, und wenn Ja, wie weit ist der Stand der Dinge, sind alle Regionen des Kantons informiert und involviert?

Andernfalls, ist der Staatsrat bereit an der Neuen Regionalpolitik (NRP) des Bundes mitzumachen?

Wenn JA, in welcher Form können sich die verschiedenen Regionen mit Projekten bewerben und was gibt der Kanton für Vorgaben?

Wäre der Kanton Freiburg bereit, bei kantonsübergreifenden Projekten mitzumachen?

Wer übernimmt im Kanton Freiburg die Koordination und Verantwortung, oder wer ist allenfalls damit schon beauftragt?

3. Januar 2007

Antwort des Staatsrats

In seinem Bericht Nr. 296 vom 10. Oktober 2006 zum Postulat Nr. 225.03 Jacques Bourgeois/Pascal Kuenlin für eine starke und koordinierte Regionalpolitik (TGR 2006, S. 2566 ff), den der Grosse Rat am 3. November 2006 zur Kenntnis genommen hat, legte der Staatsrat die Massnahmen zur Umsetzung der neuen Regionalpolitik des Bundes (NRP) dar und erteilte weitere Informationen, die auf die Fragen von Grossrat Johnner-Etter antworten.

Die folgenden Informationen sind deshalb kurz gefasst:

- Die Arbeiten an der Umsetzung der NRP sind im Gange. Sie umfassen hauptsächlich die Revision des Wirtschaftsförderungsgesetzes vom 3. Oktober 1996 und die Aufstellung eines Mehrjahresprogramms, das dem Bund bis Ende Juli 2007 vorzulegen ist;
- Die Regionen des Kantons wurden regelmässig über den Stand dieser Arbeiten informiert und wurden gebeten, ihre Strategie bis Ende März 2007 einzureichen;
- Der Kanton Freiburg ist bereit, sich an interkantonalen Projekten zu beteiligen;
- Die Wirtschaftsförderung Kanton Freiburg ist für das Dossier der NRP zuständig. Da es sich dabei aber um einen sehr wichtigen Gegenstand handelt, wurden mit Staatsratsbeschluss vom 8. November 2005 zwei Organe geschaffen: einen Lenkungsausschuss, der sich aus dem Volkswirtschaftsdirektor, dem Direktor der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft sowie dem Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektor zusammensetzt, und eine interdepartementale Arbeitsgruppe bestehend aus Vertretern verschiedener Direktionen des Staats.

Erwähnenswert ist ferner, dass seit der Genehmigung des oben genannten Berichts regelmässige Sitzungen zwischen dem Lenkungsausschuss und den Regionen des Kantons stattgefunden haben. Diese haben eine Konferenz der Regionen gebildet, um die Projekte vorzubereiten und zu koordinieren, die in das Mehrjahresprogramm aufgenommen werden sollen.

Freiburg, den 12. März 2007